

## Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung

Nach der Parlamentswahl dominieren alte Machtkonflikte

Rainer Lindner

Nach den Parlamentswahlen in der Ukraine am 30. September 2007 sah es zunächst nach einer schnellen Wiederauflage der orangenen Koalition aus. Doch die politischen Kräfte sortieren sich immer noch. Die knappen Mehrheiten lassen im Übrigen kaum erwarten, dass sich das politische System grundlegend stabilisiert. Eine neue Regierung, etwa unter einer Premierministerin Julija Tymoschenko, wird sich nur dann behaupten können, wenn sie die Opposition zur konstruktiven Mitarbeit bewegen kann. Der Reformdruck in der Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik und eine dichte außenpolitische Agenda erfordern die zügige Konstituierung einer Regierung. Was indessen droht, ist die Fortsetzung alter Machtkämpfe und ein verfrühter Wahlkampf um die Präsidentschaft. Die EU sollte dennoch gerade jetzt die Partnerschaft mit der Ukraine stärken.

Nach den Parlamentswahlen vom März 2006 haben in der Ukraine erneut freie und faire Wahlen stattgefunden. Der Trend zu einem Zweiparteiensystem mit einer links-zentristischen Arbeits- und Industriepartei und einem national-bürgerlichen Lager setzte sich dabei fort: Die »Partei der Regionen« (PdR), die in den urbanen Gebieten und Schwerindustriezentren des Ostens und auf der Krim ihre Hochburgen hat, gewann zwar die meisten Stimmen, kann jedoch ihre »Antikrisenkoalition« mit den Kommunisten und Sozialisten nicht fortsetzen. Der »Block Julija Tymoschenko« (BJUT) legte hingegen als einzige Kraft landesweit zu, wobei er in erster Linie von der Schwäche der Präsidentenpartei »Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes« (UU-SV) und der Sozialisten profitierte.

### Tabelle

#### Ergebnisse der Parlamentswahlen 2002, 2006, 2007 (in %)

Parteien/Bündnisse	2002	2006	2007
Partei der Regionen	11,8	32,1	34,4
Block Julija Tymoschenko	7,3	22,3	30,7
Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes	23,6	14,0	14,2
Kommunistische Partei	20,0	3,7	5,4
Volksblock Lytwyn	–	2,4	4,0

### Trends im Parteiensystem

15 Jahre nach der Unabhängigkeit entwickelt sich in der Ukraine mit BJUT eine erste überregionale Partei. Von 2002 bis 2007 steigerte der von Julija Tymoschenko geführte Block seinen Wähleranteil von

7 auf 30%; BJUT erhielt in 16 der 26 Regionen (und in der Hauptstadt Kiew) die meisten Stimmen und erreichte nun erstmals auch im Südosten zwischen 15 und 25% der Wählerschaft.

Die »Partei der Regionen« konnte zwar insgesamt die meisten Stimmen auf sich vereinigen, gehört aber nach absoluten Zahlen zu den Verlierern des Urnengangs. Sie ist entzaubert worden, weil es ihr nach der einjährigen Amtszeit von Premier Janukowytsch nicht mehr gelungen ist, die regionale Identität des Ostens weiterhin flächendeckend zu bedienen. Selbst leichte Zugewinne im Westen und im Zentrum konnten die Verluste bei den Stammwählern im Osten nicht ausgleichen.

Weit hinter die beiden großen politischen Lager zurückgefallen ist Präsident Juschtschenkos »Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes«, die bei 14% stagniert. Nur dank der Popularität des vormaligen sozialistischen Innenministers Jurij Luzenko und der Wirtschaftsverbindungen des Präsidialamtschefs Wiktor Baloha ist die UU-SV vor einem größeren Wahldebakel bewahrt worden. Die aus zwölf Einzelparteien bestehende Wahlplattform steht jedoch vor einer inneren Zerreißprobe. Sie dürfte weder eine Koalition mit BJUT noch mit der PdR überstehen und wird wohl mittelfristig in den erfolgreicher Kraftzentren aufgehen.

Gestützt wird der Trend zu einem Zweiparteiensystem außerdem dadurch, dass Splitterparteien auf der politischen Bühne immer weniger Chancen haben. Lediglich fünf der 20 für die Wahl registrierten Parteien erhielten mehr als 3% der Stimmen und schafften damit den Sprung ins Parlament. Auch die neo- bzw. postsowjetische Linke verabschiedet sich in die Geschichte. Die Kommunistische Partei der Ukraine fiel von 20% (2002) auf 5% (2007) zurück. Die sozialistischen Parteien sind nicht mehr im Parlament vertreten. Das Comeback des ehemaligen Parlamentssprechers (2002–2006) Wolodymyr Lytwyn, dessen gleichnamiger zentristischer »Volksblock« 4% erhielt, ist Ausdruck einer Sehnsucht nach der vermeintlichen Stabilität der Kutschma-Jahre.

## **Regionale Identitäten und Interessen**

Julija Tymoschenkos Block hat die Partei der Regionen auf ihrem eigenen Terrain angegriffen und erfolgreich auf das Konzept der regionalen Identität gesetzt: Während die Juschtschenko-Partei mit ihrer Haltung zur ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte den Bürgern im russischsprachigen Osten oder auf der Krim noch immer nicht wählbar erschien, appellierte Tymoschenko an die lokalen Interessen der Wähler und warnte in den östlichen Regionen vor dem wachsenden Einfluss des russischen Kapitals auf dem ukrainischen Markt. BJUT band insbesondere im Osten des Landes wichtige Finanzakteure in die Führungsarbeit der Partei mit ein. So wurden die BJUT-Organisationen in Charkiw und Saporischschja mit Geschäftsleuten besetzt. Der Aufsichtsratsvorsitzende einer Bank führt die BJUT-Fraktion im Kiewer Gebietsrat. Tymoschenko und ihre Strategen haben eine Partei geformt, die einerseits auf die finanzielle Unterstützung von Industriellen rechnen kann, diesen andererseits aber auch Gestaltungsräume in der Politik bietet. Zugleich entfernt sich die ehemals linkspopulistische Partei von der Sozialistischen Internationale und nähert sich bewusst dem bürgerlichen Lager an. Im Oktober 2007 zum Beispiel beantragte BJUT einen Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei.

## **Keine Fortsetzung von »Orange«**

Zunächst schien nach den Parlamentswahlen vom 30. September alles sehr schnell zu gehen. Am 15. Oktober schlossen die Parteivorsitzenden von UU-SV, Wjatscheslaw Kyrilenko und Ivan Luzenko, mit BJUT-Chefin Julija Tymoschenko eine Koalitionsvereinbarung. Offenbar wollten die Akteure damit dem Eindruck einer schleppenden Mehrheitsbildung von vornherein entgegenwirken. Präsident Juschtschenko hatte sich vor den Wahlen eindeutig für eine »orange-farbene Koalition« ausgesprochen, warb nun aber angesichts des Wahlergebnisses dafür, alle großen politischen Parteien in die Regierungsbildung einzubeziehen.

Von einer »Orange Revolution – Reloaded« (*The Wall Street Journal*, 2.10.2007) kann aus mehreren Gründen keine Rede sein: *Erstens* befindet sich die Ukraine des Jahres 2007 in einem »postrevolutionären« Stadium. Die Bevölkerung hatte in den letzten fünf Jahren drei Parlaments- und zwei Präsidentschaftswahlen hinter sich zu bringen und ist spürbar politikmüde. *Zweitens* ist die politische Position Juschtschenkos, des Hauptakteurs der orangefarbenen Zeit, geschwächt. Die von ihm unterstützte UU-SV ist auf den Status eines Juniorpartners jeder künftigen Koalition reduziert worden. Außerdem hat der Präsident politische Kompromisse wie zuletzt die Auflösung des Parlaments nur durch Zugeständnisse gegenüber der PdR erreichen können. Diese Zusagen hindern ihn womöglich an einem eindeutigen Bekenntnis zu einer neuen orangenen Koalition. *Drittens*: Julija Tymoschenko hat im Wahlkampf eine Anlehnung an die Revolutionssymbolik vermieden: Das neue Wahlkampflogo ihres »Blocks« – ein rotes Herz auf weißem Grund – soll nicht nur eine Distanzierung von der Euphorie des Jahres 2004, sondern auch eine weitgehende Unabhängigkeit von Juschtschenkos UU-SV signalisieren. *Viertens* kann von einer neuen orangefarbenen Einheit auch auf persönlicher Ebene keine Rede sein. Der seit 2005 amtierende Präsident hat sich mit starken Premierministern (Tymoschenko 2005, Janukowytsch 2006/07) schwergetan. Die Regierung Tymoschenko löste Juschtschenko im September 2005 auf, da sie nicht »als Team« gearbeitet habe. Unterdessen erwägen Berater des Präsidenten bereits vorgezogene Neuwahlen parallel zu den Präsidentschaftswahlen für den Fall, dass BJUT sich nicht kompromissbereit zeigt. Nicht wenige bei UU-SV fürchten die Dominanz einer Premierministerin Tymoschenko und sondieren weiter in Gesprächen mit der PdR Möglichkeiten einer Kooperation.

### Die Agenda einer neuen Regierung

Laut der noch gültigen Verfassung muss das neu gewählte Parlament nach der amtli-

chen Veröffentlichung der Wahlergebnisse (27.10.2007) innerhalb von 30 Tagen zusammengetreten sein und eine Mehrheitskoalition gebildet haben. Nach weiteren 60 Tagen muss die Ukraine über eine neue Regierung verfügen. Unabhängig vom Ausgang der politischen Grabenkämpfe dürften folgende Politikfelder im Zentrum einer Regierungsarbeit jeder Koalition stehen:

**Politikfeld Wirtschaft:** Zwar weist der OECD-Bericht 2007 auf positive Tendenzen in der ukrainischen Wirtschaft hin (durchschnittlich 7,6% BIP-Wachstum im Zeitraum 2000–2006), doch in der aktuellen Handelsbilanz werden zum Teil ernüchternde Trends sichtbar. So ist das Defizit in den ersten acht Monaten des Jahres 2007 weiter angewachsen, im Handel mit den GUS-Staaten auf 4,69 Milliarden US-Dollar und mit der EU auf 4,42 Milliarden. Darauf muss die Regierung mit Investitionsoffensiven reagieren. Um den WTO-Beitritt der Ukraine nicht im letzten Moment zu gefährden, muss sie auch stärker gegen die allgegenwärtige Korruption, gegen Schattenwirtschaft und Offshore-Strukturen vorgehen. Für die EU würden sich die Kooperationsperspektiven nach einem WTO-Beitritt der Ukraine deutlich erweitern.

**Politikfeld Energiebeziehungen mit Russland:** Der Preis für Erdgaslieferungen aus Russland in die Ukraine wird ab dem 1. Januar 2008 von derzeit 130 auf 143 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> steigen und Kiew zwingen, erneut mit Russland, dem Zwischenhändler Rosukrenergo sowie Gasprom zu verhandeln. Aufgelaufene Schulden bei Gasprom begleicht die Ukraine derzeit mit der Rückführung von circa 8 Mrd. m<sup>3</sup> Gas aus ukrainischen Speichern. Das von BJUT angekündigte selbstbewusstere Auftreten im Energiedialog mit Russland, das zu einer Erhöhung der Transitpreise für Gas und Öl und zu einer Aufkündigung der Verträge mit der Rosukrenergo AG führen könnte, erscheint aus volkswirtschaftlicher Perspektive zwar sinnvoll, stellt politisch allerdings einen Balanceakt dar. Zuletzt hatte Gasprom eine Trennung von Rosukrenergo und die Rückkehr zu direkten Exportbeziehungen mit

der Ukraine 2008 in Aussicht gestellt, sollte die Ukraine zur Einführung von Marktbeziehungen zwischen beiden Ländern bereit sein. Russland betonte noch unmittelbar vor der Wahl, dass die Preise für Erdgas vom Ausgang der Wahlen und von der Zusammensetzung der neuen Regierung beeinflusst würden. Da Aussagen wie diese durchaus wörtlich zu nehmen sind, muss die Ukraine vor dem Wintereinbruch eine (ver)handlungsfähige Regierung haben.

**Politikfeld Sozialpolitik:** Unmittelbar nach den Parlamentswahlen wurden in zahlreichen Landesteilen die Preise für Lebensmittel sowie für Gas- und Elektroenergie deutlich angehoben. Entgegen den Wahlversprechen der großen Parteien sind weitere Preissteigerungen zu erwarten. Ebenso haben alle Parteien damit geworben, sie würden die Sozialleistungen erhöhen. So versprach UU-SV vor der Wahl ein Minimalinkommen von 600 Hrywna (104 Euro) und ein mittleres Einkommen von 2100 Hrywna (355 Euro). Nach dem Willen der Präsidentenpartei sollen Sozialleistungen außerdem dafür aufgewendet werden, um die demographischen Kennziffern des Landes zu verbessern, etwa durch Einmalzahlungen für Geburten. Allein im Jahr 2006 schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine um 283 500 auf 46,46 Millionen. Allerdings finden sich weder im Programm der UU-SV noch in der Koalitionsvereinbarung, die sie mit BJUT geschlossen hat, überzeugende Finanzierungskonzepte für diese Pläne.

**Politikfeld Außenpolitik:** Einerseits haben sich alle großen politischen Kräfte in ihren Wahlprogrammen zu einem proeuropäischen Kurs und zur Mitgliedschaft in der EU bekannt. Andererseits ist mit UU-SV nach 2006 ein weiteres Mal diejenige Kraft als Verliererin aus den Wahlen hervorgegangen, die seit der Orangen Revolution am deutlichsten für eine Integration der Ukraine in die EU und die Nato eingetreten ist. Die Bevölkerung lehnt eine Annäherung an die Nato bislang mehrheitlich ab. Außenminister Arsenij Jazenjuk, dessen Ernennung Anfang 2007 ein Machtkampf zwi-

schen Präsident und Premier vorausgegangen war, der zu Irritationen auf Seiten der internationalen Partner geführt hatte, dürfte wie auch Verteidigungsminister Anatolij Hryzenko einer künftigen Regierung unter Beteiligung von UU-SV angehören. Die Ukraine steht vor wichtigen Entscheidungen, die außenpolitische Handlungsfähigkeit erfordern. Das mit der EU verhandelte »vertiefte Abkommen« könnte den Weg zur Bildung einer Freihandelszone freimachen. Die Beziehungen zu Russlands neuer Führungsriege müssen entwickelt und dabei vor allem die Energiebeziehungen neu geordnet werden. In der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen von GUAM und der Ostsee-Schwarzmeer-Kooperation kommt der Ukraine eine zentrale Rolle zu. Auf dem Nato-Gipfel von Bukarest im Frühjahr 2008 könnten die Perspektiven eines Membership Action Plan für die Ukraine und Georgien diskutiert werden, was beiden Ländern die Möglichkeit offenhalten würde, eines fernen Tages Mitglieder der Allianz zu werden.

### **Partnerschaft stärken!**

Für alle genannten Politikfelder ist es unabdingbar, dass sich in Kiew jenseits machtpolitischer Interessen zügig eine neue Regierung formiert. Die größte Chance für die Ukraine liegt aus Sicht der EU in ihrer strategischen Bedeutung als wichtigster östlicher Adressat der Europäischen Nachbarschaftspolitik und aus Sicht der US-Administration als »model for the region«. Mit der Freihandelszone, durch eine aktive Umsetzung des *Enhanced Agreement* und eine Unterstützung der regionalen Kooperationsinitiativen im Schwarzmeerraum (etwa im Energie- und Transitsektor) könnten sich die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine intensivieren. Auf bilateraler Ebene wären die Fortsetzung der deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen, die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen (etwa im Rahmen der regelmäßigen Wirtschaftstage der Ukraine in Deutschland) wichtige Schritte.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364